

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Wirtschaftsrevue. 1950-1951 1950**

35 (30.8.1950)

# WIRTSCHAFTSREVUE

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DIE DEUTSCHE WIRTSCHAFT

Nr. 35 — 5. Jahrgang (Verlagspostamt Stuttgart)

Karlsruhe, 30. August 1950

Preis 50 D-Pfennige



Am 3. September wird in Karlsruhe die Deutsche Heilmittel-Ausstellung eröffnet. Das Bild zeigt die von der Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Zimmermeister errichtete geräumige Holzhalle, die neben der Stadthalle die Ausstellung aufnehmen wird.

## Röpkes Gutachten

Der bekannte Schweizer Nationalökonomieprofessor, Dr. Wilhelm Röpke, der sowohl durch sein Buch „Die Lehre von der Wirtschaft“ als auch durch seine großen Aufsätze in der „Neuen Zürcher Zeitung“ in weiten deutschen Kreisen bekannt wurde, ist von der Bundesregierung aufgefordert worden, ein Gutachten über die Struktur, die gegenwärtige Lage und die Hauptprobleme des westdeutschen Wirtschaftskreislaufes abzugeben. In Agenturen und Zeitungen sind Auszüge aus diesem Gutachten veröffentlicht worden, und diese Auszüge haben sogar bereits eine Polemik entfesselt. Es scheint darum notwendig, auf dieses Gutachten jetzt schon einzugehen und das, was daraus bekannt geworden ist, einer kritischen Untersuchung zu unterziehen.

Röpke bezeichnet die Vorstellung, die Bundesrepublik sei infolge der Zerteilung Deutschlands und der deshalb fehlenden ostdeutschen Agrarwirtschaft Lebensunfähigkeit verurteilt, als einen Denkfehler. Er sagt, früher habe ein Ausgleich zwischen den ostdeutschen Agrarüberschüssen und den westdeutschen Industrieüberschüssen bestanden, jetzt müsse Westdeutschland Industrieüberschüsse austauschen. Wenn man diese Dinge so hintereinander liest, dann versteht man, Röpke sei der Meinung, es habe sich gar nichts geändert. Einer solchen Meinung wäre entgegenzusetzen. Wir sind allerdings ohne die Agrarprobleme im Osten nicht zur Lebensunfähigkeit verurteilt, aber wir müssen zusätzliche Exporte leisten, um die fehlenden Lebensmittel einzuführen und wir müssen zudem noch diesen zusätzlichen Export mit einer Industrie leisten, die noch keineswegs ganz wieder hergestellt ist und schließlich in strenger Konkurrenz zum Ausland. Die Wiederherstellung der Ostgebiete ist notwendig, und wir würden Röpkes Objektivität bewundern, wenn er mit dem oben zitierten Satz um nach der wirtschaftlichen Seite hin die Berücksichtigung zur Wiedervereinigung bestreuen würde. Der Vergleich mit Belgien, den Röpke macht, liegt nahe, aber er ist nicht.

Die Nationalökonomie ist doch heute längst so weit, daß sie nicht nur wirtschaftliche Argumente bringt. Mit der Wirtschaft allein, mit sogenannten ökonomischen Gesetzen, läßt sich für die Praxis nie viel bewirken.

Es handelt sich nicht darum, festzustellen, daß es gleich ist, ob wir Agrarprodukte aus Ostpreußen oder aus Frankreich beziehen, sondern es handelt sich darum, daß jedes Volk seine ihm eigene Wirtschaftsart und seine Art hat, die Volkswirtschaft zu betreiben. Das ist ganz unabhängig von weltanschaulichen Meinungen gedacht. Es gibt ein deutsches Wirtschaftsgefüge, das dem Sozialdemokraten gerade so eigen ist wie dem Rechtsradikalen und dieses Gefühl sieht die Wirtschaft des Landes in den Grenzen. Die des einzelnen, was wir Heimat nennen. Kein Volk ist in seiner Wirtschaft so rational, wie es in der national-ökonomischen Lehrbüchern steht. Die Wirtschaft wird von Menschen gemacht und Menschen haben Gefühle. Darum stimmt der Vergleich Belgien-Deutschland nicht.

Nach an einer anderen Stelle schreibt Röpke das Agrarproblem an, wenn er nämlich als eine der beiden großen Aufgaben der Wirtschaftspolitik bezeichnet: Steigerung der westdeutschen Agrarproduktion bis zu den vom Markt angezeigten Grenzen der Wirtschaftlichkeit. Hier übersieht Röpke gänzlich die Tatsache der offenen Grenzen. Der Markt für agrarische Erzeugnisse in Deutschland wird nicht nur von den deutschen Bauern, sondern auch von Ausland besetzt, und die Preise für die vom Ausland herinkommenden Agrarwaren haben den deutschen Markt in den letzten Monaten stark bestimmt, sowohl nach oben wie nach unten. Nach oben bei Weizen u. Futtermitteln; nach unten bei Eiern, Obst und Gemüse. Die

eine unerfreuliche und enttäuschende Woche liegt hinter uns. Die große Enttäuschung brachte Straßburg — allerdings nur den unentwegten Optimisten, die immer noch glauben, daß auf solchen Tagungen sein Reden zum Fenster hinaus noch etwas anderes herauskommen könnte. Nicht einmal zu einer großen Beschlüssen hat es gereicht, ganz zu schweigen von der Europa-Föderation.

In den USA hat ein Groß-Streik bei den Eisenbahnen den Präsidenten Truman veranlaßt, hart und schnell einzugreifen. In Finnland sind sämtliche Metallarbeiter in den Streik getreten, so daß die Wiedergutmachungsleistungen an die Sowjetunion in Gefahr sind. In den deutschen Bauereinstreik später. Eigenartig bemerkt wird insbesondere die New Yorker Börse über die Lage in Korea und über die Lage in Ostasien überhaupt. Die Korea gingen teilweise ziemlich stark zurück. Die militärische Lage in Korea allein kann nicht der Grund sein, obwohl seit kurzem für die UN-Streitkräfte keineswegs nur erfolgreiche Kämpfe in Gang sind. Ob es die Proteste der Rohstoffe und die dazu abgegebene drohenden Erklärungen maßgebender Behörden, ob es die außenpolitisch in diesem Moment ungeschickte in der Sache aber ehrliche Erklärung MacArthurs über Formosa (die dann schließlich von Truman zurückgegriffen wurde) oder ob es die verschiedenen Presse-Außerungen in den USA waren, die besagten Truman und Dean Acheson seien der Meinung, der Krieg sei nicht unbedingt unvermeidlich — das läßt sich heute nicht ohne weiteres feststellen. Es mußte auch auffallen, daß Kautschuk und Zinn in der vorigen Woche wieder sprunghaft ansteigten, obwohl man eigentlich annehmen konnte, daß auch auf diesen hochspekulativen Gehalten nun langsam Ruhe einträte.

Alle in allem also eine sehr unruhige Woche mit schweren Gewittern am Horizont. Herrn Trumans Beschlüsse die Woche die arbeitenden Vollmachten. Man war zunächst versucht zu glauben, daß er sich diese Vollmachten nur sicherheitsbehaltend geben ließ, um im Bedarfsfälle schnell und ohne die Parteizentrale handeln zu können. Inzwischen stellt sich aber schnell heraus, daß die ersten „Handlungen“ der Genehmigung auf dem Fuße folgten: Das Handelsministerium hat die Industrie der USA angewiesen den Gummiverbrauch für die zweite Produktion in den kommenden vier Monaten um 10% einzuschränken; außerdem hat das Handelsministerium „zur Vermeidung von Spekulationen“ auf dem Weltzuckermarkt scharfe Exportkontrollen für Zucker angeordnet, die am 1. September wirksam werden.

Wie wir in der vorigen Woche auseinandersetzen, wird der zusätzliche Rohstoffbedarf für die Rüstungsproduktion weit überschätzt, und es ist klar, daß die Rüstungsproduktion weder in den USA noch in England bis jetzt schon wesentlich angehalten hat. Es ist allerdings bekannt, daß Rohmaterial in großen Mengen von den Regierungen gebietet wird. Im ganzen müßte man aber eine Beruhigung als eine neue Nervosität annehmen. Unser Warenmarktbericht in der heutigen Ausgabe spricht auch von einer Beruhigung, aber diese Beruhigung vermisst man nur aus dem gegebenen Kontext — die einzige reale Unterlage für einen Tendenz-

treten wären, wenn man den Kapitalmarkt sofort in die Marktwirtschaft einbezogen hätte. Das letztere Gewinne spricht Röpke nicht aus, aber wir glauben ihn in dieser Hinsicht zu verstehen. Röpke sieht ganz richtig, daß der Kapitalmangel nicht die beherrschende Ursache der Arbeitslosigkeit ist, obwohl im Einzelfall, vom Betrieb aus gesehen, manches aus der Praxis dagegen spricht. Die Arbeitslosigkeit ist nicht aus wirtschaftlichen Gründen entstanden, sondern aus politischen, nämlich durch die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten. Jedoch können wir, wenn wir mehr Kapital hätten, die Arbeitslosigkeit besser, schneller und nachhaltiger beseitigen.

Es ist sonderbar, daß Röpke gar nicht auf die hohe Steuerbelastung eingetret und nicht daran den Grund findet, warum so wenig gepart wird und warum die Kapitalanreicherung so gering ist. Seine Ansicht zu diesem Problem hätte uns sehr interessiert.

Das Gutachten noch nicht im vollen Wortlaut (es sollen 113 Seiten sein) vorliegt, müssen wir uns mit diesen Bemerkungen begnügen. Wir werden sicher noch einmal Gelegenheit haben, darauf zurückzukommen. H.

berw. 183 gegenüber den amtlichen Ziffern von 150 bzw. 131. Wir können hier im einzelnen darauf nicht eingehen, weil uns die Unterlagen für die Berechnung fehlen. Politisch ergibt sich nach dieser Berechnung nun klar, daß die Gewerkschaften mit ihrer Forderung auf Lohnhöhung im Recht sind — auch bei den Bauarbeitern, deren Löhne etwa bei 150 gegenüber 1938 liegen. Vielleicht wird man sich einmal, wenn der soziale Frieden wieder hergestellt ist, zusammensetzen und den Lebenshaltungskostenindex gemeinsam (Gewerkschaften und Staatliche Landesämter) berechnen. Ohne Berechnung solcher Indizes kann man nicht einmal in einem modernen Land nicht aus, aber das Berechnen ist sehr schwer und gibt zu Meinungsverschiedenheiten Anlaß. Außerdem wird die Vergleichbarkeit der Indizes sofort aufgehoben, wenn man neue Berechnungsgrundlagen festlegt.

Zum sozialen Frieden gehört aber auch, daß nicht der Versuch unternommen wird, für Preissteigerungen eine bestimmte Wirtschaftsgruppe verantwortlich zu machen. Es war erbsüßlich festzustellen, daß in den Erklärungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes fast nur auf die Preissteigerungen abgezielt wurde, die durch die erhöhten Weltmarktpreise, also bei Importgütern und bei Gütern, die aus importierten Rohstoffen hergestellt werden. Wir haben schon in der vorigen Ausgabe den Vorwurf gegenüber dem Einzelhandel zurückgewiesen. Inzwischen hat sich der Lebensmittelhandel selbst zum Wort gemeldet und auf die Ver-

giftung der öffentlichen Meinung sich merklich gemacht. Wenn z. B. wie wir vom Hauptverband des deutschen Lebensmittelhandels erfahren, eine angelegene Tageszeitung über die Aussprüche berichtet, die Vizekanzler Blicher mit den Vertretern der Wirtschaft in der Frage der Preise geführt habe und dann weiter berichtet, die

hler Tag und Nacht gearbeitet, um die neuen Häfen für die Deutsche Industriemaschinen 1950 termingerecht fertigzustellen. Hier herrscht Tag und Nacht keine Ruhe. Ein erregender Rhythmus der Arbeit schwebt über allem und zeigt von einem kräftigen Lebenswillen Westberlins.

Ein weiteres Zeichen für die wirtschaftliche Gesundung des westlichen Teils der Stadt ist die Auflösung der Kartenstellen die zum 1. September verfügt werden soll. Nur für den West- und Ostteil werden die alten Bezugsbeziehungen von den Betrieben ausgeschrieben und eine neue Bezeichnung ist bei Arbeitsplatzwechsel notwendig. Ein neues Notstandsprogramm, das die Instandsetzung von Schulen, Altersheimen, Jugendheimen, beschädigten Wohnungen, die Finanzierung gewerblicher Bauten, Instandsetzung von städtischen Eigenbetrieben, Straßenbrücken sowie die Weiterführung der Enttrümmerung und die Anlage von Grünflächen umfaßt, wird von Mitte August bis Mitte September 60.000 Westberliner Arbeitlosen eine Verdienstmöglichkeit geben. Hierfür sind 18,8 Mill. DM zu Verfügung gestellt worden.

Auf der Berliner S-Bahn vollziehen sich jetzt nicht allzu seltene Dinge. Die Schienen werden gewendet, man könnte auch sagen „getrickelt“, die S-Bahnstrecken haben nämlich eine derartig ausgeprägte Innenkurve, daß der Betrieb auf ihnen nicht mehr sicher laufen kann, und der Reisende vielfach das Gefühl hat, auf schwankendem Schiffsboden zu sein. Man hat dieser Entwicklung durch Herabsetzung des Fahrtempo zu begegnen versucht, machte schließlich aber einsehen, daß etwas geschehen muß. Jetzt baut man die noch gut erhaltenen Schienen aus Kruppstahl aus dem Jahre 1924 aus den Perforationsstellen nach aus und verlegt sie neu auf den S-Bahnstrecken nach Birkenwerder, Bernau, Potsdam und Eckner. Dafür werden die gewendeten S-Bahnstrecken mit der Innenseite nach außen auf den Fernbahngleisen verlegt. Inzwischen ist das nicht so einfach, denn die Fernbahnstrecken haben eine Länge von 15 m, während die S-Bahnstrecken etwa doppelt so lang sind, aber was tut man nicht, wenn Not am Mann ist, und der große Bruder im Osten nicht helfen kann oder nicht helfen will.

Aber auch der Humor kommt wieder nicht zu kurz. Am laufenden Band werden jetzt in den ostdeutschen und ostwestdeutschen Betrieben „Betriebsfriedenskomitees“ gegründet und die „Tägliche Rundschau“ benagt sich bitter, daß ausgehört der stärkste Industriestadt Berlins Köpenick mit 26 Komitees an letzter Stelle steht, und fragt asklagend: „Wann wird Köpenick aufgehoben?“

## Truman nutzt seine Vollmachten

Kontingentierungen beginnen — Zahlungsunion noch nicht fertig — Streikgefahr in Deutschland  
Erhöhte Benzinerzeugung, aber keine Freigabe — Für 20 Millionen Dollar Wolle wird importiert

### Streikgefahr

Auch in Deutschland ist die Nervosität größer geworden. Nicht etwa nur, weil der Zucker immer noch sehr knapp ist und nicht nur weil schon wieder gestreikt wird, das Blau wird knapp, die Maschinen werden knapp, es gibt keine Herde mehr, sondern weil die Gewerkschaften energiegeladener sind. Es ist anzunehmen, daß in Norddeutschland ein Streik der Bauarbeiter losbricht. Die Bauarbeiter verlangen eine Erhöhung des Stundenlohns um 20 Pf. Einige Bauunternehmer haben ihren Arbeitern bereits diese Erhöhung bewilligt, andere nicht. Die Erhöhung geht so weit, daß man sogar Schiedssprüche nicht mehr anerkennen will sowohl von Arbeitgeber, wie von Arbeitnehmer-Seite. So kurz vor Beginn der Schlichtungsperiode ist ein Bauarbeiterstreik besonders unerfreulich. Wir hoffen immer noch, daß eine Einigung erzielt wird.

In der vorigen Ausgabe haben wir bereits darauf hingewiesen, daß die Berechnung des Lebenshaltungskostenindex offensichtlich fehlerhaft ist. Diese Ansicht bestätigen nun die Erklärungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Das wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften errechnet für Mai und Juni 1950 (1938 = 100) einen Index von 189

### Bertiner Brief

Postraub geht weiter — Lohnerhöhungen im Osten — Am Funkturm wird gebaut — Arbeit für 60.000

„Neues Deutschland“ veröffentlicht jetzt die Ergebnisse der Planerfüllung für das zweite Quartal 1950. Diese Ergebnisse sind nicht sehr ermutigend und weisen zudem eine wesentliche Lücke auf. Mit drei Ausnahmen ist der Plan zu über 100 Prozent erfüllt worden, wenn man diesen Angaben trauen darf, im Bergbau sogar mit 105 Prozent. Hier wäre der Anteil wahrscheinlich sogar höher, wenn man die Ergebnisse des Uranerzbergbaus in Sachsen ebenfalls veröffentlicht hätte. Das kann man offenbar aber nicht, denn die Uranerzproduktion der ostdeutschen Wirtschaft ist bekanntlich nicht zugute, sie dient der sowjetischen Rüstungswirtschaft und wird unter Ausbeutung deutscher Arbeitskraft erzielt. Die freiwillige Aktion zur Bereitstellung von Arbeitskräften für den Uranerzbergbau hat nicht die gewünschten Resultate gezeigt. Man ist deshalb jetzt dazu übergegangen, die ostdeutschen Behörden durchzukämmen, um den notwendigen Nachschub an schnell verarbeitbaren Arbeitskräften sicherzustellen. Man hat sich sogar nicht geachtet, auch die Strafaktionen einer Überprüfung zu unterziehen, und verspricht den Gefangenen, daß sie nur die Hälfte ihrer Strafe absitzen brauchen, wenn sie sich für den Bergbau melden.

„Neues Deutschland“ muß immerhin zugeben, daß in einer Reihe wichtiger Erzeugnisse der Plan nicht erfüllt wurde, so z. B. bei Steinkohle, Braunkohle, Kupfererz, Lokomotiven, Güterwagen, Last- und Personenkraftwagen, Phosphordünger, kaliumreiche Soda, Pentaglykol, Kunststoffe, und einzelne Arten der Ausrüstung, wie man sich vorstellt ausdrückt, so z. B. für Walzwerke. Diese Zusammenstellung ist sicher sehr aufschlußreich, umfaßt jedoch so ziemlich alle Industrien, die für den Aufbau einer Wirtschaft die Grundvoraussetzung sind.

Owohl nach dem Bericht die Anhebungen um 114.000 im erweiterten werden, ist der Arbeitsplan für das Jahr 1950 nicht voll gesichert. Der Exportplan wurde im zweiten Quartal nur zu 94,4 Prozent erfüllt, was angesichts des Nachdrängens im Lokomotiv-, Wagen-, Last- und Personenkraftwagenbau nicht sonderlich überrascht.

Am wichtigsten scheinen uns jedoch die Angaben über den Investitionsplan zu sein. Hier wurde der Plan nur zu 33,3 Prozent erfüllt. So steht es wenigstens im „Neuen Deutschland“. Investitions sind von aber einmal das Kernstück jeder Wirtschaft. Wenn sie nur ein Drittel der vorgesehenen Höhe erreichen, muß etwas faul im Staate Dänemark sein, wobei man den Dänen offenbar unrecht tut, wenn man diese landläufige Redewendung dazu beibringt, um das Versagen der östlichen Planer zu kennzeichnen. Die Einzelheiten des Versagens sind recht interessant. Es

### Planerfüllung mit Löchern

Planerfüllung mit Löchern

wurde der Investitionsplan — „Neues Deutschland“ nennt das unbefriedigend — im Gesundheitswesen mit 23 Prozent, im Verkehrswesen mit 29,9 Prozent, im Industrieministerium mit 35,9 Prozent, in der Volkshilfe mit 33 Prozent und in Handel und Versorgung mit nur 10,9 Prozent durchgeführt und erfüllt. „Dieses langsame Anlaufen der Investitionen — deren Ausmaß im Jahre 1950 viel größer ist als 1949 — ist eine Folge der schlechten organisatorischen Vorbereitung in den einzelnen Ministerien und Wirtschaftsinstituten.“

Wie gering müssen sie doch nach 1949 gewesen sein. Man hat aber ungeachtet dieser langsamen Erfüllung des Investitionsplanes im ersten Halbjahr 1950 in der Industrie neue Kapazitäten in Betrieb genommen, wobei die Frage offen bleibt, welche Finanzierungsmethoden man in Anwendung gebracht hat. Man hat versucht, von einer kapitalistischen Milieuwirtschaft zu sprechen.

Inzwischen geht der Postraub in Marienborn beständig weiter. Wer sollte auch die Sowjets und die Volkspolizei daran hindern, willkürlich Pakete aus den Postkästen nach beiden Richtungen für beschlagnahmt zu erklären? Dieser Postraub beläuft sich jetzt bereits auf viele Hunderte von Paketen, und es ist anzunehmen, daß man im wesentlichen solche Pakete „beschlagnahmte“, die östliche Mangelwaren enthielten. Inzwischen „erwägt man“ weitestgehend, mit welchen Maßnahmen man dieser Beruhigung entgegenstellen kann, anstatt die einzige Sprache zu sprechen, die man im Osten versteht, d. h. auch die Post nach der Sowjetzone in der gleichen Weise zu behandeln. Solche Maßnahmen würden Wunder wirken. Der beste Beweis dafür ist die umgehende Einstellung der Behinderung des Schrotverkehrs auf dem Wasserwege vor einigen Wochen.

Eine Verordnung über die „Verbesserung der Löhne“ wurde in den letzten Tagen veröffentlicht. In der „klassischen“ Lohnstufen kommt man immerhin 8 Lohnstufen. Der niedrigste Lohn beträgt nach dieser Verordnung jetzt 65 Ostpfennige je Stunde, der höchste 1,20 Ostmark d. h. in Westmark gerechnet etwa 11 Westpfennige bzw. 30 Westpfennige. Nun ist es zwar richtig, daß der Ostdeutscher Arbeiter die fixen Kosten seiner Lebenshaltung, wie Mieten, Fahrlohn, Steuern, Licht, Gas usw. in Ostmark 1:1 bezahlen kann, er muß jedoch alles andere, was über die Kostenstellungen hinausgeht, in den HO-Löhnen zu Preisen bezahlen, die etwa dem Wechselkurs zwischen Ost- und Westmark entsprechen. Das heißt, daß seine Lebenshaltung kaum wesentlich verbessert hat.

Berlin größer Bauplatz ist gegenwärtig das Gelände um den Funkturm in der Wiltberg. In drei Kubikmetern wird

## In dieser Nummer

- ... versorgt Berlin mit Strom
- Wasserkraft geförder Industrialisierung
- Die Messe in Chicago — eine Bilanz
- Westdeutsche Bedaindustrie voll ausgebaut
- Präferenzfall beim Werkzeugexport
- Karlsruher vor Absatzschwierigkeit
- Entwicklung der sowjetischen Stahlproduktion
- Industrieproduktion Österreichs gestiegen
- Englands Konkurrenz in Dänemark

Bundesregierung habe Maßnahmen ergreifen sollen, die überhöhten Handelsspannen auf ein vertretbares Maß zurückzuführen, obwohl über diese Frage überhaupt nicht gesprochen wurde, dann ist dies wenig schön und zeigt wiederum den Versuch, den Einzelhandel allein verantwortlich zu machen. Wir haben vor acht Tagen

R



# Die Messe in Chikago — eine Bilanz

### Lehren für die Zukunft

Die unter dem Motto „Weltmarkt, Weltgeschäft, Weltmesse“ durchgeführte erste internationale Handelsmesse der Vereinigten Staaten ist am 29. August beendet worden. Die deutschen Aussteller, die nach den Teilnehmer aus Großbritannien und Frankreich die zweitgrößte Bilanzbilanz belegen, dürfen mit ihrem Erfolg durchaus zufrieden sein.

Eine 10% der deutschen Aussteller erhalten Aufträge kamen aus USA, der Rest verteilt sich vor allem auf Süd- und Mittelamerika und Kanada. Bemerkenswert an der deutschen Beteiligung war insbesondere die Tatsache, daß nicht nur die großen Namen der deutschen Exportindustrie, sondern auch eine ganze Reihe von Mittelbetrieben ausgestellt hatten. Besonders Anlaß fanden die Erzeugnisse der Edelmetalle, Schmied- und Schweißwarenindustrie sowie Armaturen, Gabelmesser, Wägen, Klempnerbedarf, Schweißmaschinen und Alkohole. Auch die Nachfrage nach Spezialmaschinen, Volkswagen, Erzeugnisse der Kunststoffindustrie sowie nach Berliner Konfektion und Münchner Leder war beifriedigend. Einschließlich aller noch im vorverlaufenden Stadium befindlichen Aufträge wird der deutsche Messeerfolg das vor Ausstellungen von ungefährem Volumen von 12 Millionen erreichen.

Wichtigster jedoch als mehr oder minder hohe Abschlußzahlen dürften allen Beteiligten die Erfahrungen sein, die sie während dieser 14 Tage des ersten Kontaktes mit dem amerikanischen Markt und dem amerikanischen Verbraucher gewonnen haben. Die Bilanz von Chikago weist wie jede Bilanz Aktiva und Passiva auf. Die amerikanischen Besucher und zumeist auch die überwiegende Mehrheit der ausländischen Teilnehmer sind jedoch fast durchweg überzeugt, daß die jetzige getretenen Fehler von den Aktiva bei weitem

und vorzuziehendes Einkäufers auf ihre Erzeugnisse aufmerksam zu machen. Bisherige Erfahrungen allein sind in den meisten Fällen durchschlagend erfolgreich gewesen. So hat es beispielsweise die Heisterberg erregt, daß einige Firmen glaubten, ohne amerikanische Hilfe auskommen zu können, weil sie ihre eigenen Exportleiter mitschickten. Der Ausbau einer mit gegliederter Verkaufsförderung in USA ist unerlässlich.

Die Marktforschung des Auslandes wird sich sehr oft auf eine Marktlückenforschung spezialisieren müssen. In vielen Fällen dürfte es weniger darauf ankommen, einen bisher unbefriedigten Bedarf zu decken, als vielmehr darauf, eine Nachfrage erst zu wecken oder sie durch geschickte werbepsychologische Wendungen in neue Bahnen zu lenken. So haben amerikanische Vertreterinnen in den vergangenen Jahren den Export der amerikanischen Hausfrauen zum Beispiel erweckt und damit den deutschen Hausfrauenmaschinen den Weg gebahnt. Der viel beachtete Volkswagen andererseits läßt sich in den Vereinigten Staaten besser verkaufen, als es amerikanische Verkaufsexperten geteilt haben, als das „weiße Auto“ der Familie angeboten wird.

Die meisten Firmen waren nur mit Erzeugnissen vertreten, für deren sofortige Lieferung sie garantieren konnten. Der Leiter des deutschen Messeauschusses hat die Ansicht vertreten, daß auch Waren gezeigt werden sollten, die erst weitverstreute Bestellungen geköpft werden und deren Lieferung erst auf lange Zeit erfolgen kann.

### Mehr Kontakt haben

Auf der Aktivseite stehen neben den Abschüssen die Summe der gesammelten Erfahrungen und die zahlreichen persönlichen Beziehungen, die von den ausstellenden Firmen angeknüpft wurden.

Bei der Vorbereitung der Messe hat sich herausgestellt, daß in Zukunft die Frage der Publizität sowohl von amerikanischer wie von ausländischer Seite weit mehr Beachtung zu schenken ist. Die exportierenden Firmen werden weit größere Darlebenskräfte als bisher verwenden müssen, um bereits Monate vor Messebeginn durch individuelle Anschreiben, Anzeigen in Fachblättern und in den Kerkeln mit Vertretern

und vorzuziehendes Einkäufers auf ihre Erzeugnisse aufmerksam zu machen. Bisherige Erfahrungen allein sind in den meisten Fällen durchschlagend erfolgreich gewesen. So hat es beispielsweise die Heisterberg erregt, daß einige Firmen glaubten, ohne amerikanische Hilfe auskommen zu können, weil sie ihre eigenen Exportleiter mitschickten. Der Ausbau einer mit gegliederter Verkaufsförderung in USA ist unerlässlich.

Die Marktforschung des Auslandes wird sich sehr oft auf eine Marktlückenforschung spezialisieren müssen. In vielen Fällen dürfte es weniger darauf ankommen, einen bisher unbefriedigten Bedarf zu decken, als vielmehr darauf, eine Nachfrage erst zu wecken oder sie durch geschickte werbepsychologische Wendungen in neue Bahnen zu lenken. So haben amerikanische Vertreterinnen in den vergangenen Jahren den Export der amerikanischen Hausfrauen zum Beispiel erweckt und damit den deutschen Hausfrauenmaschinen den Weg gebahnt. Der viel beachtete Volkswagen andererseits läßt sich in den Vereinigten Staaten besser verkaufen, als es amerikanische Verkaufsexperten geteilt haben, als das „weiße Auto“ der Familie angeboten wird.

Die meisten Firmen waren nur mit Erzeugnissen vertreten, für deren sofortige Lieferung sie garantieren konnten. Der Leiter des deutschen Messeauschusses hat die Ansicht vertreten, daß auch Waren gezeigt werden sollten, die erst weitverstreute Bestellungen geköpft werden und deren Lieferung erst auf lange Zeit erfolgen kann.

### Bessere Werbung und Verkaufspsychologie

Die künstlerische Ausgestaltung der Stände hat im Gegensatz zu europäischen

Messen weniger Beachtung. Der amerikanische Einkäufer läßt sich durch große Reklamationsaufwand nicht bestechen und läßt seine Entscheidung allein auf Grund der qualitativen und preislichen Voraussetzungen. Ebenso empfindet es sich nicht, auf die Tatsache hinzuweisen, daß der ausstellende Händler während des Kongresses sofort wurde, da dies unter Umständen zu Zweifeln an seiner Liefer- und Leistungsfähigkeit führen könnte. Vieles wurde auch bemängelt, daß die ausstellenden Firmen nicht genügend sachkundiges Personal mitschickten, um ihre Erzeugnisse in verbindlicher und klarer Weise annehmlich vorzuführen oder erläutern zu lassen. Für den überwiegenden Teil der deutschen Aussteller trifft diese Kritik nicht zu. Dagegen begannen viele Messensteller den Fehler, an den publikumsfreien Tagen den Besuchern zu wenig Beachtung zu schenken. Zahlreiche Einkäufer fanden sich gerade während dieser Stunden an den Ständen ein, beobachteten die Reaktion der Publikum sehr genau und richteten danach ihre Einkaufspolitik.

Auch bei den Werbemaßnahmen ist nicht immer das Richtige getroffen worden. Soweit sie von den ausländischen Firmen selbst verfaßt waren, erweisen sie sich oft als nicht zugriffsfähig genug und legen Wert auf Feststellungen, die das Publikum weniger interessieren. Die von amerikanischen Vertretern ausgearbeiteten Texte klingen wirrer her. Die Stände der ausländischen Firmen aus USA dürften gerade in dieser Hinsicht für alle ausländischen Teilnehmer ein gutes Anschauungsobjekt gewesen sein. Das für alle deutschen Erzeugnisse ausgegebene Motto „German products stand for quality“ (Deutsche Erzeugnisse bürgen für Qualität) hat jedoch allgemein einen guten Eindruck gemacht. — Für die Gestaltung der Prospekte gelten praktisch die gleichen Gesichtspunkte. Sie waren vielfach auf der ersten Seite zu ausführlich, betonen nicht ausschließlich das grundsätzliche Neuzug der Erzeugnisse und verstreuen dadurch manche der Einkäufer.

Die Chikagoer Messe hat in den USA ein sehr lebhaftes Echo ausgelöst. Preise und Handelskonditionen werden sich außerdem noch nachträglich bedenkend erhöhen, da die Chikagoer Firma „Goldblatt Department Stores“ anhalten hat, alle nicht verkauften Ausstellungsstücke zu übernehmen. Die Aussteller, die auf diese Weise erhebliche Einsparungen an Verpackung- und Transportkosten erzielen, haben das Angebot angenommen.

Die Gesamtzahl der Messebesucher wird auf 300 000, die der Käufer auf 25 000 angegeben. Die Direktverkaufszahl veranschlagt die Messeleitung jetzt auf insgesamt 12-15 Mill. Dollar, mit der Aussicht eines in der Folgezeit realisierten Geschäftsumsatzes von 30 Mill. Dollar. Die größte Verkaufszahl verzeichnet die Großbritannier mit einem Umsatz von 3 Mill. Dollar. Es folgt die

Bundesrepublik mit Messverkäufen im Werte von ca. 4 Mill. Dollar. Umätze von 1 Million oder darüber haben auch Italien, Portugal und Jugoslawien, Griechenland liegt gleich unter dieser Grenze, während die Türkei 400 000 und Spanien 40 000 Dollar erzielten. Über die allgemeinen für umfangreichen geschäftlichen Umsätze Österreichs, Frankreichs, der Niederlande, der Schweiz und anderer Länder liegen keine zahlenmäßigen Schätzungen vor.

### Auch auf Wiener Herbstmesse

An der Wiener internationalen Herbstmesse 1950, die vom 19. bis 17. September abgehalten werden wird, nehmen außer 2000 österreichischen Ausstellern auch 443 Auslandsfirmen teil. Die Herbstmesse 1949 wurde von 250 ausländischen Firmen besichtigt. Erstmals seit 1945 stehen die deutschen Aussteller mit 140 Firmen an der Spitze der Auslandsbeteiligungen. Die Schweiz wird mit 72 Firmen, Großbritannien mit 54, die USA mit 43, Italien mit 24, Schweden mit 23 und Frankreich mit 22 Firmen vertreten sein.

Eine geringere Anzahl Firmen aus der Tschechoslowakei, Belgien, den Niederlanden, Norwegen und Dänemark wollen sich ebenfalls beteiligen. Mit kollektiven Landesausstellungen werden Aussteller aus Bulgarien, Rumänien, Polen, Jugoslawien, Italien, die Niederlande und Ungarn teilnehmen. Die italienischen Schiffbauindustrien werden auf der diesjährigen Herbstmesse

in Wien wieder mit einer Sonderausstellung vertreten.

### Messekontingent beschleunigt gering

Das deutsche Messekontingent beläuft sich für diese Messe auf nur 33 000 Dollar. Für die Dornbirner Messe im August dieses Jahres wurden 42 000 Dollar zur Verfügung gestellt, das gesamte deutsche Messekontingent für alle in Österreich stattfindenden Messen beträgt 200 000 Dollar. In österreichischen Fachkreisen weist man darauf hin, daß infolge der starken Beteiligung der westdeutschen Maschinenindustrie das Messekontingent in Höhe von 35 000 Dollar völlig unzureichend sei. Im allgemeinen sieht man der starken Beteiligung der deutschen Wirtschaft an der Wiener Herbstmesse mit größtem Interesse entgegen.

### Bundesrepublik an erster Stelle auf der Ultradier Messe

Die diesjährige Herbstmesse in Ultradier, die vom 5. bis 11. September abgehalten werden wird, wird von 2013 ausländischen Ausstellern besichtigt werden, davon u. a. 680 aus Großbritannien, 200 aus Belgien und 173 aus Amerika. Einschließlich der niederländischen Aussteller werden auf der Ultradier Herbstmesse insgesamt 3622 Firmen vertreten sein. Der größte Teil der deutschen Aussteller kommt aus der Bundesrepublik, während die Ostzone nur mit 21 Firmen ausstellen wird. Das Messekontingent für die Herbstmesse beträgt 30 000 qm.

## Deutsche Soda-Industrie voll ausgenutzt

Die westdeutschen Soda-Fabriken, die nach Beendigung der Kriegsschäden wieder ihre Vorkriegskapazitäten erreicht haben, sind seit etwa sechs Wochen bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit ausgenutzt. Diese Vollbeschäftigung wurde erreicht, weil der Soda-Verbrauch im Inland infolge erhöhter Ausweitung der Wassermittelproduktion und vermehrter Abgabe der Glasindustrie sowie durch zunehmende Exporte beträchtlich anstieg. Insbesondere der Inlandsbedarf, der seitwärts auf Schwermetalle übertrug, erfolgt gegenwärtig durch Stockungen, zumal im Zuge der beherrschten Inflation die Soda-Abgabe der Glasindustrie sich wesentlich besserte.

Im 2. Quartal d. J. wurden im Bundesgebiet insgesamt 178 000 t Soda hergestellt gegen 130 000 t in dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Dabei erreichte die Juni-Produktion d. J. mit 58 000 t bereits den bisher höchsten Stand seit Kriegsende. Im Zusammenhang mit der erheblichen Umsatzsteigerung, die seit einigen Wochen sowohl im Inlands- als auch im Auslandsgebiet zu verzeichnen war, dürfte die Juli-Produktion mit schätzungsweise rd. 65 000 t den bisherigen Nachkriegshöchststand noch beträchtlich überschreiten.

Von den wichtigsten Soda-Produzenten des Bundesgebiets, den Solvay-Werken, Solingen, dem Werk Hellmuth der Kali-Chemie AG und der Fa. Mathes & Weber AG, Dattberg, kommen z. Zt. für den Export lediglich die drei letztgenannten Betriebe in Betracht, da die Mathes & Weber AG, ein Tochterunternehmen der Hoesch & Cie. GmbH, Düsseldorf, ihre gesamte Soda-Fabrikation der Muttergesellschaft für die Waschmittelherstellung zur Verfügung stellt.

Infolge eines Streiks in der amerikanischen Soda-Industrie, durch den gegenwärtig rd. 60 Prozent der dortigen Produktion ausfallen, hat der Soda-Export Westdeutschlands seit Mitte Juni einen erheblichen Aufschwung ginn-

men, insbesondere USA, die bisher als größter Soda-Produzent die dortige Kapazität ist etwa achtmal so groß wie die der westdeutschen Zonen) auf Einfuhr nicht angewiesen waren, tritt seitdem in zunehmendem Umfang als Käufer an den Auslandsmärkten auf, so daß auch die westdeutschen Soda-Fabriken erstmals nennenswerte Mengen nach den USA exportieren können. Die Exporterlöse werden als betragsmäßig beachtlich, da die meisten Abschlüsse auf Inlandspreisen erfolgen. Die Ausfuhr nach den westeuropäischen Ländern kommt dagegen nur sehr langsam zum Zuge, weil viele Länder, insbesondere England, Frankreich und Italien, seit dem Kriege ihre Soda-Fabrikation wesentlich ausgebaut und namentlich auch auf den Auslandsmärkten als Konkurrenten auftraten. Die nordischen Länder, die vor dem Kriege hauptsächlich aus Deutschland bezogen, decken ihren Bedarf jetzt vornehmlich in England, das seine Vorkriegsproduktion inzwischen bedeutend ausweitete. Für die westdeutschen Werke zeigen sich gegenwärtig Ausfuhrmöglichkeiten insbesondere im Vorderen Orient und z. T. in Südamerika, doch haben die bisher darüber geschlossenen Verträge noch keinen nennenswerten Umfang angenommen.

### Stichtagsproduktion über Vorkriegsstand

Auch in der Stichtagsproduktion ist der derzeitige Beschäftigungsstand infolge der außerordentlich günstigen Absatzlage im allgemeinen sehr zufriedenstellend. Gegenwärtig dürfte die Produktion den Vorkriegsstand bereits überschritten haben. Neben der steigenden Inlandsnachfrage, die kaum befriedigt werden kann, hat sich auch der Export insbesondere nach den ERP-Ländern wesentlich verbessert. Eine weitere Steigerung des Exportgeschäftes wird im Zuge der fortwährenden Liberalisierung erwartet.

Der jährliche Stichtagsbedarf in Westdeutschland wird auf etwa 600 000 bis 800 000 t M beziffert. In 1949 wurden dagegen nur 369 000 t M produziert. Im 2. Quartal d. J. erhöhte sich die Stichtagsproduktion im Bundesgebiet gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 50 000 t auf 124 000 t M. Damit werden die erreichbaren Produktionskapazitäten jedoch noch nicht voll ausgenutzt, da nach Fertigstellung begonnener Reparaturen und Ausbesserungen noch gewisse Reserven zur Verfügung stehen. Die Ende 1950 vorhandene Kapazität der stichtagsfertigen Anlagen dürfte auf rund 200 000 t M zu veranschlagen sein und darf damit der Höhe des errechneten Inlandsbedarfs entsprechen.

### Schweißfabrik-Produktion reißt nicht

Die westdeutschen Schweißfabriken, die im vergangenen Jahr noch unter erheblichen Absatzschwächen litten, sind wieder bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit ausgenutzt. Infolge der ständig steigenden Nachfrage der Hauptabnehmer, in erster Linie der Düngemittel- und Kunststoffindustrie, sowie neuerdings auch der Stahl- und Röhrenindustrie, kann der Inlandsbedarf z. Zt. nicht mehr voll gedeckt werden. Zum Ausgleich der Differenz zwischen Produktion und Bedarf wird seit Anfang August Schweißfabrikate aus Belgien importiert, allerdings zu Preisen, die über dem deutschen Inlandspreisniveau liegen. Der Umfang der einströmenden Menge wird auf rund 30 000 t monatlich geschätzt.

Die derzeitigen z. T. durch Spekulationskäufe bedingten Versorgungsengpässe sind nach Auffassung der Fachkreise nur vorübergehend, zumal, so man hofft, im Anfang nächsten Jahres ein Instandsetzungs- und Ausbesserungsarbeiten der im Krieg stark zerstörten Anlagen die Kapazität so weit erweitern zu können, daß der erhebliche Inlandsbedarf ohne Schwierigkeiten gedeckt werden kann. Die Schweißfabrikproduktion im Bundesgebiet stieg im 2. Quartal d. J. gegenüber dem vorhergehenden Quartal auf 244 000 t (282 000 t). Vergleichsweise wurden im 2. Quartal des Vorjahres nur 249 000 t hergestellt.

## Wassernetz gefährdet Industrialisierung

Die deutsche Wasserwirtschaft befindet sich sowohl hinsichtlich der notwendigen und hinsichtlich der Versorgung der Bevölkerung und Wirtschaft mit Trink- und Brauchwasser als auch einer hygienischen Beschaffenheit und Verwertung des Abwassers in einer so katastrophalen Notlage, daß mit einem baldigen Zusammenbruch zu rechnen ist, wenn nicht in Kürze auf dem gesamten Gebiet der Trinkwasserwirtschaft ein grundlegender Wandel geschaffen werden kann.

Die Ursache der heutigen Wasserkalamität ist — wie ein Memorandum über die Notlage der deutschen Wasserversorgung und industriellen Wasserwirtschaft der BWM feststellt — in der großen Trockenheit der letzten Jahre, dem Absinken des Grundwasserspiegels, dem stetigen Auftreten von Hochwasser mit langen Niedrigwasser-Perioden und in der starken Abholzung der Wälder zu sehen. Hinzu kommen der sprunghaft ansteigende Bedarf durch die Überbevölkerung, die im Zuge der zwanzigjährigen Wasserversorgung der Jahrhundertverdrängung und die fortschreitende Industrialisierung. Außerdem sind durch die Kriegszeit außerordentliche Schäden an den Wasserleitungen und Wasserwerken entstanden, die bei dem großen Nachhol- und Erneuerungsbedarf überhaupt nicht oder nur sehr unzureichend beseitigt werden konnten. Allein schadhafte Leitungen bewirken Wasserverluste bis zu 50% gegenüber normaler Wasserverlust gegenüber der Erweichungsmittel, wie das Memorandum betont, unterbleiben, eine Trennung von Trink- und Brauchwasserversorgung konnte nicht durchgeführt werden. Anlagen, die das Wasser aus Überschußgebieten in ausgerechnete Mangelgebiete hinüberbrachten, blieben infolge des Geldmangels unausgeführt. Die Industrie konnte nicht in notwendigem Umfang versorgt werden, so daß Produktionsanlagen eingestellt werden mußten. Durch unzureichende Abwasseranlagen treten an stark verschmutzten der Bäche, Flüsse und Seen auf, daß dieses Wasser — abgesehen von den hygienischen Folgen und dem großen Flussschaden — selbst für industrielle Zwecke unbrauchbar wurde. Infolge der fehlenden ausreichenden Kläranlagen konnten vielerorts Industrien, die stark verschmutztes Abwasser ablassen, ihre Betriebe nicht erweitern oder mußten sie sogar einschränken.

Einer Ausweitung der deutschen industriellen Produktion dürften deshalb in kurzer Zeit von der wasserwirtschaftlichen Seite her so starke Engpässe entgegenstehen, daß sie die Durchführung in großem Umfang bedenklich, wenn nicht gar scheitern lassen. Der geplante Bau von 200-300 000 Wohnungen im Jahre 1950 im Rahmen des Wohnungsbauprogrammes der Bundesregierung, die Fließwasserreinigung und die Erhaltung von Fischzuchtbetrieben zwingen außerdem auf sofortige Schaffung neuer Wasserversorgungs-, Aufbereitungs-, Verteilungs- und Kläranlagen. Das Memorandum der BWM weist auf die enorme Bedeutung der Wasserwirtschaft für den Bergbau und für den Export hin. Jede Tonne Mehrförderung an Kohle bedingt einen Mehrverbrauch von 25 tcm, jede Tonne Koks von 8 tcm und jede Tonne Eisen von rund 15 tcm Wasser.

Die auf die Dauer untragbare Notlage der deutschen Wasserwirtschaft kann — wie das Memorandum betont — nur durch die Bereitstellung hunderttausender Geldmittel gemindert werden. In der Trinkwasserwirtschaft sind für Wasserwerke Kapitalien in Höhe von rund 6 Mrd. DM und für Abwasser-

werke rund 4 Mrd. DM investiert — eine Höhe, die die Investitionen der gesamten Elektrizitätswirtschaft übersteigt. Das für die Wasserversorgung und Abwasserreinigung erforderliche Bauvolumen beträgt nach vorsichtigen Schätzungen rund 4-5 Mrd. DM. Da eine der Grundbedingungen für die Gewinnung von Anleihen die Besekalisierung einer gewissen Höhe von Eigenmitteln ist und diese in dem erforderlichen Umfang nicht vorhanden sind, können von den Ländern nur Bauverträge in Höhe von 50 Mill. DM angestrichelt werden. Davon wurden 21 Mill. DM aus ERP-Krediten erbeutet. Demgegenüber sind aber für die Zeit vom 1. 7. 1949 bis 30. 6. 1950 nur 30,5 Mill. DM bewilligt bzw. in Aussicht gestellt worden, d. h. nicht ganz ein Sechstel der beantragten Summe. Ungeachtet dessen in diesem Programm somit rund 100 Mill. DM im Memorandum der BWM

wird damit gerechnet, daß der Fehlbetrag an Anleihenmitteln sich im Jahre 1950/51 auf mindestens 300 Mill. DM erhöhen wird. Aus deutschen Mitteln allein — öffentliche oder private — kann dieser Betrag jedoch nicht aufgebracht werden. Ob für die kommenden Jahre ERP-Mittel in genügender Höhe für die Wasserwirtschaft zur Verfügung gestellt werden, erscheint zudem zweifelhaft. Erfolgt dies jedoch nicht, so dürften viele mit Marshallplan-Mitteln gefördernte Unternehmen wie Bergbau, Industrie, Fischzuchtbetriebe, Wohnungsbau und Fremdenverkehr an der notwendigen Entwicklung schwer behindert sein.

Nachfolgende Aufstellung vermittelt eine Übersicht über die dringenden Maßnahmen der Wasserwirtschaft, die in den Rechnungsjahren 1950/51 und 1951/52 mit Hilfe von Krediten durchgeführt werden sollen (ca. 1000 DM):

Land	Anzahl d. Bauverträge	Gesamt-kosten	Eigen-schaffungs-sicherung	Kredit-bedarf	Teil-Kredite (Mill. DM)	Etwa an-zunehmende Kosten
Baden	81	22 233	5 171	15 284	6 241	6 843
Bayern	88	109 819	22 247	87 880	28 054	34 873
Bremen	3	7 280	1 090	4 158	2 150	2 205
Hamburg	6	18 290	3 400	14 890	3 885	3 313
Hessen	208	46 245	9 081	37 164	11 402	12 781
Niederrhein	228	103 280	34 432	68 848	22 580	27 182
Nordrhein-Westfalen	118	246 705	83 888	162 817	54 825	67 892
Rheinland-Pfalz	21	23 888	9 709	15 299	6 505	6 284
Schleswig-Holstein	39	42 837	23 494	20 143	10 050	10 114
Württemberg-Baden	123	104 830	36 710	71 210	22 605	25 805
Württemberg-Hohenz.	110	12 233	4 485	7 873	4 318	3 863
<b>Summe</b>	<b>1 508</b>	<b>794 223</b>	<b>2 27 827</b>	<b>603 980</b>	<b>242 605</b>	<b>223 264</b>

**Ein bequemes Fahrzeug**

**•NANDA 1500•** Restenwagen

4-Pol. Motor (12 PS) Doppel-Kardantrieb  
ca. 10 000 km, ca. 500 kg Nutzlast. Schnell und wenig in Spritverbrauch. Kluge und zuverlässige in Langstrecken und in Gebirge.

Die **besten Schnell-Lieferwagen**

**Der neue**

**4 To DIESEL-LASTWAGEN**

mit eingebauter, vollautomatischer von großer Leistung (28 PS) bei 2200 U/min. Antriebs- und Lenkvorrichtungen (ca. 1400 kg Nutzlast) vollautomatisch. Geeignete für Industrie, Klein- und Großhandel.

Ein **Neuankaufstraktor auf bester Basis**

**Der bequerte**

**1½ To Schnell-LASTWAGEN**

stärkster Motor (12 PS) spezial im Verbundtrieb (Nutzlast ca. 15 000 kg) zeitliche, großräumige Aufbauten für jeden Zweck mit vollautomatischer Lenkung.

**Der Wagen des jeder bevorzugt**

Allein Vertretungsberechtigter in allen Ländern Europas die Automobilwerke

**CARL W. BORGWARD G.M.B.H. · AUTOMOBIL- UND MOTOREN-WERKE · BREMEN 11**



# US-Senat genehmigt Gesetz zur Mobilisierung der Wirtschaft

Der US-Senat genehmigte mit einer Mehrheit von 84 gegen 3 Stimmen das Gesetz zur Mobilisierung der nordamerikanischen Wirtschaft. Dadurch erhält Präsident Truman die von ihm gewünschten Vollmachten zum Einfrieren der Löhne und Preise, zu Bewirtschaftungsmaßnahmen und zur Bekämpfung inflationärer Tendenzen. Erweitert wird bereits ausführlich beschrieben. Die Durchführung der genannten Maßnahmen bleibt dem Ermessen des Präsidenten überlassen.

So wie sich die Dinge in der letzten Zeit entwickelt haben und so wie sich die nächste Zukunft abzeichnet, dürfte diese Vollmacht für Präsident Truman sehr einschneidende Veränderungen im nordamerikanischen Wirtschaftsleben auslösen, verleiht hierzu ein New Yorker Finanzkreisläufer. Er hat sogar den Ansicht, daß die volle Nachfrage nach Verbrauchsgütern aller Art von ihrer Höhe infolge von Angstzuständen übersteigert, als noch vor kurzem erhofft werden durfte. Mit Ausnahme von Kautschuk und einigen anderen strategischen Rohstoffen großer Wichtigkeit glaubt man daher, daß sich die Lenkungsmaßnahmen der nordamerikanischen Regierung kaum bemerkbar machen werden. Man verweist darauf, daß beispielsweise die Fernindustrie nach Ausbruch des Korea-Konflikts damit gerechnet hatte, daß sie für den privaten Bedarf nicht mehr werden arbeiten können; jetzt verlässt aus diesem Industriesektor, daß im Jahre 1950 20% mehr Fernrohre hergestellt werden sollen, als ursprünglich geplant war. Das bedeutet eine Erzeugung in der Größenordnung von 8 Millionen Stück. Ähnliches berichtet die Automobilindustrie. In Detroit veranschlagt man den Anteil reiner Mißbrauchaufträge an der Gesamtproduktion von Kraftfahrzeugen bei Ende dieses Jahres auf vielleicht 2% bei der Stahlindustrie spricht man von 2% für das Jahr 1950. Von der Holzverarbeitung der Vereinigten Staaten dürften im besten Falle 2% für militärische Zwecke zur Verfügung zu stellen sein. Mit stärkeren Einschränkungen wird in der Baubranche gerechnet. Hier veranschlagt man die Körnung auf etwa 40%. Aber das, was dann noch übrigbleibt, ist mehr als im vorigen Jahre, das schon ein Rekordjahr war.

## Umstrittene Zinspolitik

Eine allgemeine Herabsetzung der Zinssätze für kurzfristige Geld durch die Federal Reserve System der USA in Anpassung an die Erhöhung des Diskontsatzes durch die Federal Reserve Bank für den New Yorker District (siehe Seite 1 unserer vorigen Ausgabe) wurde in Kürze erfolgen, versichert in Kreisen der New Yorker City. Der „offen Markt“-Ausschuß des Federal Reserve Systems berät sich bereits darauf vor, er beschließen, die Zinssätze zu erhöhen, indem er den Kurs für den Ankauf kurzfristiger Regierungsschatzweisungen herabsetzt.

# Industrieproduktion Österreichs gestiegen

Der Index der industriellen Produktion Österreichs, gemessen an den Produktionsindizes der Kohle-, Eisen- und Stahlindustrie, sowie der Produktion von elektrischer Energie und von Zement, stieg gegenüber dem Index des Jahres 1938 um 36 auf 340. Dieser Zahl liegt der Durchschnitt der ersten 3 Monate 1950 zugrunde.

Produktionszweig	1938	1948	1949	1950
Gesamter Produktionsindex (1947 = 100)	100	104	230	340
Produktion von Stein- und Braunkohle (in 1000 t)	287	283	356	357
Rohstahl und Fertiglegierungen (in 1000 t)	46	51	70	70
Rohstahl und Stahlguß (in 1000 t)	56	54	69	77
Elektrische Energie (in Millionen kWh)	152	251	347	350
Zement (in 1000 t)	38	65	82	82

Besonders auffallend ist der in den Produktionsindizes des Jahres 1949 nach Anlaufen der ERP-Hilfe in Erscheinung tretende Anstieg. Die einzelnen Industriezweige erholten neben Direktlösen zur Anschaffung von Maschinen und Geräten für deren Aufstellung, sowie Maßnahmen zur Steigerung der Produktivität bis 30. April 1950 Sonderkontingente von insgesamt 323 Millionen Schilling.

## Verstärkte Elektrizitätserzeugung

Die von der verstaatlichten österreichischen Elektrizitätsindustrie getriebene Elektrizitätserzeugung wird die Elektrizitätserzeugung des Landes um 373 Mill. kWh erhöhen. Wenn alle Bauprojekte, die für 1950 vorgesehen waren, bis zum Ende des Jahres vollendet werden, wird die Erzeugung der Elektrizitätswerte eine Erhöhung um 900 Mill. kWh auf 6300 Mill. kWh erfahren. Über 90% des erzeugten Stromes werden von staatlichen Werken geliefert. In diesem Winter werden 300 Mill. kWh Strom mehr zur Verfügung stehen als im Winter 1949; jedoch erwartet man, daß der Verbrauch entsprechend steigt. Daher müsse auch weiterhin mit Stromrationierungen gerechnet werden.

## Wiener Börsenkammer berichtet

Nach dem Geschäftsbericht der Wiener Börsenkammer für 1949 hat eine Vermögensanlage in österreichische festverzinsliche Wertpapiere weniger Entscheidungen verursacht als die meisten anderen Investitionsarten in Österreich. Das leichte Absinken der Aktienkurse Mitte 1949 wurde gegen Jahres-

Die führenden Diskontbanken des New Yorker Platzes glauben, daß ein 50-rtiges Vorgehen des Federal Reserve Systems automatisch den Diskontsatz für Handelswechsel um 1/4% steigen lassen würde. Er würde sich damit der Erhöhung des Diskontsatzes für den New Yorker District von 1/2% p. a. auf 1% anpassen. Im übrigen hat auch die Federal Reserve Bank von Boston den Diskontsatz von 1% auf 1 1/4% für ihren District am 18. August erhöht.

In der Angelegenheit der Zinssätze scheint indessen zwischen den beiden für die Lenkung des Geld- und Kapitalmarktes zuständigen Spitzenbehörden der USA, nämlich dem Federal Reserve Board und dem Schatzamt, keine Übereinstimmung zu bestehen. Die praktische Auswirkung der Erhöhung des Diskontsatzes um 1/4% ist begrenzt, so verleiht hierzu aus Bankkreisen, die jedoch ohne Zweifel darauf hin, daß der Federal Reserve Board den Kreditmarkt enger zu schließen und Geld teurer zu machen trachte. Zur gleichen Zeit, als der Federal Reserve Board den Diskontsatz, zuerst nur für den New Yorker District, heraufsetzte, verleiht zum dem Schatzamt, daß es die Zinssätze nicht erhöhen sehen möchte. Einen beschränkten Ausdruck dieser Meinungsverschiedenheiten in der Auflegung zweier neuer zu 13 Monate laufenden Schatznoten zu 1 1/4%, mit denen 13,70 Mill. Dollar Schatzweisungen, die im September und Oktober dieses Jahres ausgeben werden, ausgedrückt werden sollen. Das Schatzamt hat damit den Zinssatz nicht geändert. In New Yorker Bankkreisen folgt man aus dem Verhalten der Federal Reserve Board, daß er die Regierungspolitik der Begabung von Schatzweisungen zu den geringsten niedrigen Zinssätzen nicht mehr unterstützen will. Die dem Federal Reserve Board erteilte Absage des Schatzamtes durch die Neuauflage zweier zu hoher Emissionen zu unverändertem Zinssatz, ist recht deutlich und man fragt sich, welchen weiteren Verlauf dieses „Zwischenspiel“ haben werde.

## Steigende Produktivität

Die Produktivität der amerikanischen Industrie je Arbeitsschicht ist von 1929 bis 1938 um rund 23 Proz. und während des Krieges bis 1945 um weitere 18 Proz. gestiegen. Nach Mitteilung des Wirtschaftsberaters von Präsident Truman, L. H. Keyserling, dürfte sie gegenwärtig etwa um 13 Proz. höher liegen als bei Kriegsende. Nach seiner Ansicht kann die Lebenshaltung der amerikanischen Bevölkerung im Laufe der nächsten zehn Jahre um mehr als 25 Proz. gesteigert werden.

## Erhöhte Beschäftigtenzahl

Die Beschäftigtenzahl in den USA erreichte nach einer von Statistisches Amt veröffentlichten Übersicht mit 41,2 Millionen, ihren Höchststand seit Juli vorigen Jahres. Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß die Durchschnittshöhe der

## Erzeugung und Verbrauch von Zeitungspapier

Die nordamerikanische Erzeugung von Zeitungspapier stieg im Juli 1950 auf 323 533 tons gegenüber 287 063 tons im Juli 1949. Davon stammten 430 235 tons aus kanadischen und 24 280 tons aus Papierfabriken der Vereinigten Staaten. Das ist für den Monat Juli die höchste Erzeugung seit Jahren. Die Einfuhr im Juli stieg sich auf 248 025 tons (463 339 tons aus Kanada und 33 985 tons aus den Vereinigten Staaten). Der Verbrauch der Tageszeitungen an Zeitungspapier belief sich nach Angaben der American Newspaper Publishers Association im Juli 1950 auf 236 739 tons, das sind 7,8 Proz. mehr als im Juli 1949. Der Gesamtverbrauch an Zeitungspapier wird für Juli auf 473 263 tons geschätzt.

## Starke Nachfrage nach Textilmaschinen

Die nordamerikanischen Textilmaschinenindustrie erhält laufend von den Textilwerken in Rhode Island umfangreiche Aufträge. Diese Entwicklung ist nicht auf den Kriegsausrüstung in Korea zurückzuführen, sondern der Obergang war schon vor Ausbruch der Feindseligkeiten sehr bedeutsam und spiegelt das Vertrauen der Textilindustrie in die künftigen Absatzverhältnisse wider. Die Textilwerke fordern kurze Lieferfristen, so daß in der Textilmaschinenindustrie die Belegarbeit vorausichtlich um 30 Proz. erhöht werden wird. Da Textilmaschinen nicht am Fließband hergestellt werden, bereiten die kurzen Lieferfristen gewisse Sorgen, zumal da vielfach auch die erforderlichen Materialien knapp sind.

## Kongreß wird Europahilfsgesetz mit EPU-Kapitalerlöse bewilligen

In Kreisen der ECA-Verwaltung erwartet man in Kürze die Genehmigung der Kongreß über die endgültigen Beträge der Europahilfe und der Kapitalerlöse (EPU) durch den amerikanischen Kongreß. Dies ist insofern von besonderer Bedeutung, als die endgültige Unterzeichnung der Texte der

## Englands Konkurrenz in Dänemark

Trotz der steigenden Konkurrenz anderer Länder, vor allem von seitens Westdeutschlands, ist die britische Einfuhr nach Dänemark gegenwärtig größer als je zuvor. Die britische Exporte nach Dänemark erreichten in den ersten 6 Monaten dieses Jahres einen Wert von rund 33 Mill. Pfund Sterling, das sind 30 Mill. mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Nach Aussagen dänischer Importeure ist das Warenzeichen „Made in Britain“ auch heute noch eine Garantie für einen guten Absatz. Auch Deutschland habe sich gerade in der letzten Zeit stark bemüht, auf dem dänischen Markt festen Fuß zu fassen. Die deutsche Konkurrenz trete besonders stark bei Personenkraftwagen, und Kraftfahrzeugen in Erscheinung. Die deutschen Lieferfirmen wären besonders deshalb eine starke Konkurrenz, weil sie billiger und mit kürzeren Lieferfristen liefern können als die britischen Firmen. So hätten z. B. Anfang dieses Jahres deutsche Firmen trotz der britischen Konkurrenz größere Aufträge für Telefonapparaturen für sich buchen können. Aus dänischen Kreisen wird bekannt, daß die Wahl der deutschen Firmen erfolgte, weil deren Preise niedriger lagen, als man es in Dänemark erwartet hätte. Auch die neuen deutschen Automodelle fanden lebhaftes Interesse in Dänemark. Besondere Nachfrage herrsche nach dem deutschen Opel, dem gegenüber die Popularität der kleinen Wagen von Austin und Morris angesichts der Billigkeit der deutschen Wagen zurückgegangen sei. Auch amerikanische Wagen machten den britischen Konkurrenz, da äußerlich gesehen ihre Anziehungskraft größer sei und es leichter sei, Löhner in der Einfuhrkontrolle zu finden, wenn es sich um amerikanische Wagen handele.

## Auf den Textilgebiet ist die britische Ware noch immer außerordentlich populär, werde aber in manchen Kreisen im Muster als etwas zu konservativ empfunden, so daß besonders die Schweizer und belgische Konkurrenz Fortschritte macht. Die Preise der britischen Textilien liegen im allgemeinen sehr viel günstiger als bei allen Konkurrenten.

## Export nach den Dollargebieten in starker Zunahme

Die Ausfuhr Großbritanniens nach den Dollargebieten sei in gutem Fortschreiten, erklärte der Leiter des britischen Export-Amts, Sir Cecil Weir, auf einer Pressekonferenz in Ottawa. Die britischen Exporte in den letzten drei Monaten hätten einen Betrag erreicht, der einem Anstieg in den USA von 300 Mill. Dollar im ganzen Jahr 1949 nur 100 Mill. Dollar betragen habe. Der Anstieg in Kanada in den letzten drei Monaten wäre einem Export in Höhe von 400 Mill. Dollar im Jahre gleichgekommen, während er im Jahre 1949 nur 223 Mill. Dollar erreicht habe. Sir Cecil Weir kam von einem Besuch in Toronto und wird jetzt nach Montreal, New York und Washington gehen.

## Langsamere englische Schuldeneinlösung

Großbritannien hat bei der schwedischen Regierung beantragt, daß die Schulden gegenüber Schweden innerhalb eines längeren Zeitraums als zwei Jahre amortisiert werden. Nach den Bestimmungen der EPU sollen bis zum Inkrafttreten der Union entstandene Schulden innerhalb von 2 Jahren abgezahlt werden, falls nicht zwischen den Ländern eine andere Regelung vereinbart wird. Am 1. Juli ds. Js. betragen die britischen Schulden in Schweden 22 Mill. Pfund Sterling.

## „Verstaatlichung der menschlichen Arbeitskraft“

Das österreichische Sozialministerium beschließt, im Herbst einen neuen Versuch zur „Ordnung des Arbeitsmarktes“ zu unternehmen. Dazu sollen drei Gesetze dienen, wovon das eine ein Staatsmonopol für die Arbeitsvermittlung, das zweite den Ausbau der Arbeitsämter zu Behörden mit Befugnissen zur Lenkung der menschlichen Arbeitskraft und das dritte den „Inland-arbeitsvertrag“, d. h. die Verbriefung namentlich volkreicher Arbeitskräfte von ihren Arbeitsgebern bringen soll.

## Erhöhte Einfuhr aus Marshallplan-Ländern in die USA

Eine wichtige Zunahme des Handels der Vereinigten Staaten sowohl mit den OEEC-Ländern als auch mit den „westeuropäischen Ländern“ zeigt sich in den statistischen Angaben des amerikanischen Handelsamtes für Juni. Die Einfuhr der USA nach den OEEC-Ländern einschließlich der Türkei stieg im Juni auf 372,3 Mill. Dollar gegenüber 333,1 Mill. Dollar im Mai, wovon ein etwas über dem Monatsdurchschnitt des 1. Vierteljahres 1950 lag. Die Einfuhr war um etwa 20 Prozent geringer als im Durchschnitt des Jahres 1949, der 393,4 Mill. Dollar betrug. Verteilungsmäßig am stärksten erhöhte sich die Einfuhr nach Deutschland, nämlich auf 37,2 Mill. Dollar im Juni gegenüber 37,2 Mill. Dollar im Mai und auch nach Frankreich, wo sie 37,6 Mill. Dollar erreichte gegenüber 33,7 Mill. im Vormonat. Die Einfuhr aus Marshallplan-Ländern einschließlich der Türkei in die USA stieg im Juni auf 86,0 Mill. Dollar gegenüber 83,4 Mill. im Mai, was 8 Prozent mehr ist als im Monatsdurchschnitt des ersten Vierteljahres 1950 und 23 Prozent mehr als im Monatsdurchschnitt des Jahres 1949.

## Die amerikanische Einfuhr nach Osteuropa einschließlich UdSSR erhöhte sich im Juni auf 1,6 Mill. Dollar gegenüber 1,4 Mill. Dollar im Mai, was eine Zunahme von 27 Proz. gegenüber dem Monatsdurchschnitt des 1. Vierteljahres 1950 und von 8 Proz. gegenüber dem Monatsdurchschnitt des Jahres 1949 ent-

pricht. Die Einfuhr nach Jugoslawien zeigt die stärkste Zunahme. Der Export dorthin betrug 3,7 Mill. Dollar gegenüber 3,5 Mill. Dollar im Mai. Die Einfuhr nach der UdSSR sank auf 30 000 Dollar gegenüber 100 000 Dollar im Vormonat. Die Einfuhr aus Osteuropa einschließlich der Türkei erhöhte sich im Juni auf 11,1 Mill. Dollar gegenüber 10,4 Mill. Dollar im Mai. Dies entspricht einer Zunahme von 21 Proz. gegenüber dem Monatsdurchschnitt im Jahre 1949.

## Steuigende Preise für Elektromotoren

Zwei führende Elektromotoren-Hersteller der Vereinigten Staaten haben ihre typischen Verzierungen ihrer Produkte angekündigt. Es handelt sich um die Westinghouse Electric Corp. und die Emerson Electric and Manufacturing Co. Die Westinghouse Electric Corp. weist insbesondere auf die Verzeigerung von Elektro-Haushaltsgeräten wie Waschmaschinen und Kühlschränke hin. Der Preisanstieg wird mit steigenden Kosten für Kupfer und Stahl und außerdem mit den erhöhten Transportkosten begründet.

## Kompensationsgeschäfte zwischen Italien und Japan zugelassen

Das italienische Außenhandelsministerium hat zur Erleichterung des Handelsverkehrs mit Japan Kompensationsgeschäfte für typische italienische Exportprodukte (Textilien, Gerbstoffe, Olivöl, Salz usw.) gegen typische japanische Exportprodukte (Fischöl, Eisenlegierungen, Kupfer, Kampfer usw.) zugelassen. Von italienischer Seite wird der baldige Abschluß eines Handelsabkommens mit Japan angedeutet. Nach italienischen Ziffern erreichten die italienischen Einfuhren aus Japan im Jahre 1949 einen Wert von 112 Mill. Lire gegen 52 Mill. im

## Frankreich kann Rüstungsmaterial exportieren

Die französische Regierung hat kürzlich bekanntgegeben, daß sie beschließen, innerhalb der nächsten drei Jahre für die Wiederaufrüstung zur Verfügung zu stellen. Seitens der französischen Eisenindustrie wird betont, ein Teil dieses Betrags müsse dem Rüstungssektor zufließen, um damit die „reconversion“ (Umstellung auf Rüstungsproduktion) zu finanzieren, weil die Industrie selbst nicht die nötigen Mittel besitzt, um die erforderlichen Umstellungen zu bewerkstelligen. Die Stellungnahme der Regierung zu diesem Vorschlag der Industrie ist noch nicht erfolgt. Die französische Rüstungsindustrie wäre, rein technisch gesehen, in der Lage, darüber hinaus Rüstungsmaterial für Rechnung der anderen Atlantikpakt-Staaten herzustellen. Eine Entscheidung darüber ist

## Auswirkungen der holländischen Liberalisierung

Die Liberalisierungsmaßnahmen, die Holland in Verfolg der Anregungen der OEEC durchgeführt hat, haben sich im allgemeinen für den holländischen Handel günstig ausgewirkt, verleiht aus Wirtschaftskreisen. Lediglich einzelne Industriezweige fühlen einen stärkeren Konkurrenzdruck, dies gilt insbesondere für die Metallindustrie und wird zu einem wesentlichen Teil auf die Zunahme der deutschen Industriekapazität zurückgeführt. Die holländische Re-

## Verlängerung des deutsch-holländ. Handelsabkommens erstrebt

In diesen Tagen werden in Den Haag Verhandlungen über eine Verlängerung des am 7. September vorigen Jahres geschlossenen Handelsabkommens stattfinden. Die deutsche Delegation wird aus Ministerialrat Müller-Gräf und Dr. S. Müller, Landwirtschaftsminister, bestehen. Das gegenwärtig noch gültige Abkommen läuft am 31. August ab. Die Verlängerung dürfte

## Australien erhält Weltbank-Anleihe

Die Gewährung einer Anleihe von 100 Mill. Dollar durch die Internationale Bank für Wiederaufbau und Wirtschaftsförderung (Weltbank) wurde am 21. August in Canberra bekanntgegeben, wenn der stellvertretende Ministerpräsident Arthur Fadden erklärte, daß Australien durch diese Anleihe in die Lage versetzt werde, im Weltbank als bisher. Mit den neuen Mitteln werde Australien in den nächsten zwei Jahren eine ganze Anzahl von Fabriken und Maschinen kaufen. Die Regierung begrüßt es außerdem besonders, daß die Weltbank sich an der Finanzierung der Entwicklung Australiens in den nächsten 5 Jahren beteiligen wolle. Bevor nähere Einzelheiten festgelegt würden, werde eine Delegation von Vertretern der Bank Australien besuchen. Durch die Anleihe werde es auch möglich sein, die Einwanderung seit 1935 an in Jahresraten von 7,368 Mill. Dollar erfolgen.

## ECA-Erfolge für Südkorea

Die ECA hat ein neues Hilfsprogramm für Südkorea aufgestellt, um den Bedarf der zivilen Wirtschaft in diesem Land so schnell wie möglich zu decken. Für diesen Zweck wurde ein Sonderfonds von 19 Mill. Dollar von der ECA in Tokio eingerichtet. Die bisherigen ECA-Zuschüsse für Südkorea sind teilweise infolge der Kriegsergebnisse überholt und mußten zurückgezogen werden. Korea erhielt seit Januar 1949 von der ECA Hilfslieferungen für 110 Mill. Dollar.

## Italienischer Handel gegen staatliche Vorratskäufe

Die GenCommercia, die Spitzenorganisation des italienischen Handels, hat gegen Regierungseinkäufe verknappter Lebensmittel und Rohstoffe Stellung genommen und getordert, daß für Manpower allgemeine Einfuhrerleichterungen gewährt werden, die es dem Handel erlauben, der jetzigen Marktlage Rechnung zu tragen.

## Steigende Italienische Exporte nach Australien

Die italienischen Exporte nach Australien erreichten im 1. Vierteljahr 1950 einen Wert von über 2,8 Mill. austral. Pfund gegen nur etwa 0,8 Mill. im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die italienischen Einfuhren aus Australien hatten im gleichen Zeitraum einen Wert von etwa 6 Mill. austral. Pfund (9,3 Mill. im 1. Vierteljahr 1949). Neben Textilien (0,6 Mill.) nahmen Schwefel (0,7), Metalle (0,8) und Maschinen (0,6) einen wichtigen Platz ein. Daneben spielen auch Spielzeuge, optische Geräte, chirurgische Instrumente eine Rolle. Ein amtlicher Bericht hebt besonders die Fortschritte im Export von Raupenschiebern hervor. Neuerdings konnten auch Rechenmaschinen, Reifen und Schläuche und Metallverarbeitungsmaschinen in Australien abgesetzt werden.

## Frankreich kann Rüstungsmaterial exportieren

Die französische Regierung hat kürzlich bekanntgegeben, daß sie beschließen, innerhalb der nächsten drei Jahre für die Wiederaufrüstung zur Verfügung zu stellen. Seitens der französischen Eisenindustrie wird betont, ein Teil dieses Betrags müsse dem Rüstungssektor zufließen, um damit die „reconversion“ (Umstellung auf Rüstungsproduktion) zu finanzieren, weil die Industrie selbst nicht die nötigen Mittel besitzt, um die erforderlichen Umstellungen zu bewerkstelligen. Die Stellungnahme der Regierung zu diesem Vorschlag der Industrie ist noch nicht erfolgt. Die französische Rüstungsindustrie wäre, rein technisch gesehen, in der Lage, darüber hinaus Rüstungsmaterial für Rechnung der anderen Atlantikpakt-Staaten herzustellen. Eine Entscheidung darüber ist

## Frankreich kann Rüstungsmaterial exportieren

Die französische Regierung hat kürzlich bekanntgegeben, daß sie beschließen, innerhalb der nächsten drei Jahre für die Wiederaufrüstung zur Verfügung zu stellen. Seitens der französischen Eisenindustrie wird betont, ein Teil dieses Betrags müsse dem Rüstungssektor zufließen, um damit die „reconversion“ (Umstellung auf Rüstungsproduktion) zu finanzieren, weil die Industrie selbst nicht die nötigen Mittel besitzt, um die erforderlichen Umstellungen zu bewerkstelligen. Die Stellungnahme der Regierung zu diesem Vorschlag der Industrie ist noch nicht erfolgt. Die französische Rüstungsindustrie wäre, rein technisch gesehen, in der Lage, darüber hinaus Rüstungsmaterial für Rechnung der anderen Atlantikpakt-Staaten herzustellen. Eine Entscheidung darüber ist

## Frankreich kann Rüstungsmaterial exportieren

Die französische Regierung hat kürzlich bekanntgegeben, daß sie beschließen, innerhalb der nächsten drei Jahre für die Wiederaufrüstung zur Verfügung zu stellen. Seitens der französischen Eisenindustrie wird betont, ein Teil dieses Betrags müsse dem Rüstungssektor zufließen, um damit die „reconversion“ (Umstellung auf Rüstungsproduktion) zu finanzieren, weil die Industrie selbst nicht die nötigen Mittel besitzt, um die erforderlichen Umstellungen zu bewerkstelligen. Die Stellungnahme der Regierung zu diesem Vorschlag der Industrie ist noch nicht erfolgt. Die französische Rüstungsindustrie wäre, rein technisch gesehen, in der Lage, darüber hinaus Rüstungsmaterial für Rechnung der anderen Atlantikpakt-Staaten herzustellen. Eine Entscheidung darüber ist

## Frankreich kann Rüstungsmaterial exportieren

Die französische Regierung hat kürzlich bekanntgegeben, daß sie beschließen, innerhalb der nächsten drei Jahre für die Wiederaufrüstung zur Verfügung zu stellen. Seitens der französischen Eisenindustrie wird betont, ein Teil dieses Betrags müsse dem Rüstungssektor zufließen, um damit die „reconversion“ (Umstellung auf Rüstungsproduktion) zu finanzieren, weil die Industrie selbst nicht die nötigen Mittel besitzt, um die erforderlichen Umstellungen zu bewerkstelligen. Die Stellungnahme der Regierung zu diesem Vorschlag der Industrie ist noch nicht erfolgt. Die französische Rüstungsindustrie wäre, rein technisch gesehen, in der Lage, darüber hinaus Rüstungsmaterial für Rechnung der anderen Atlantikpakt-Staaten herzustellen. Eine Entscheidung darüber ist

## Frankreich kann Rüstungsmaterial exportieren

Die französische Regierung hat kürzlich bekanntgegeben, daß sie beschließen, innerhalb der nächsten drei Jahre für die Wiederaufrüstung zur Verfügung zu stellen. Seitens der französischen Eisenindustrie wird betont, ein Teil dieses Betrags müsse dem Rüstungssektor zufließen, um damit die „reconversion“ (Umstellung auf Rüstungsproduktion) zu finanzieren, weil die Industrie selbst nicht die nötigen Mittel besitzt, um die erforderlichen Umstellungen zu bewerkstelligen. Die Stellungnahme der Regierung zu diesem Vorschlag der Industrie ist noch nicht erfolgt. Die französische Rüstungsindustrie wäre, rein technisch gesehen, in der Lage, darüber hinaus Rüstungsmaterial für Rechnung der anderen Atlantikpakt-Staaten herzustellen. Eine Entscheidung darüber ist

## Frankreich kann Rüstungsmaterial exportieren

Die französische Regierung hat kürzlich bekanntgegeben, daß sie beschließen, innerhalb der nächsten drei Jahre für die Wiederaufrüstung zur Verfügung zu stellen. Seitens der französischen Eisenindustrie wird betont, ein Teil dieses Betrags müsse dem Rüstungssektor zufließen, um damit die „reconversion“ (Umstellung auf Rüstungsproduktion) zu finanzieren, weil die Industrie selbst nicht die nötigen Mittel besitzt, um die erforderlichen Umstellungen zu bewerkstelligen. Die Stellungnahme der Regierung zu diesem Vorschlag der Industrie ist noch nicht erfolgt. Die französische Rüstungsindustrie wäre, rein technisch gesehen, in der Lage, darüber hinaus Rüstungsmaterial für Rechnung der anderen Atlantikpakt-Staaten herzustellen. Eine Entscheidung darüber ist

## Frankreich kann Rüstungsmaterial exportieren

Die französische Regierung hat kürzlich bekanntgegeben, daß sie beschließen, innerhalb der nächsten drei Jahre für die Wiederaufrüstung zur Verfügung zu stellen. Seitens der französischen Eisenindustrie wird betont, ein Teil dieses Betrags müsse dem Rüstungssektor zufließen, um damit die „reconversion“ (Umstellung auf Rüstungsproduktion) zu finanzieren, weil die Industrie selbst nicht die nötigen Mittel besitzt, um die erforderlichen Umstellungen zu bewerkstelligen. Die Stellungnahme der Regierung zu diesem Vorschlag der Industrie ist noch nicht erfolgt. Die französische Rüstungsindustrie wäre, rein technisch gesehen, in der Lage, darüber hinaus Rüstungsmaterial für Rechnung der anderen Atlantikpakt-Staaten herzustellen. Eine Entscheidung darüber ist

## Frankreich kann Rüstungsmaterial exportieren

Die französische Regierung hat kürzlich bekanntgegeben, daß sie beschließen, innerhalb der nächsten drei Jahre für die Wiederaufrüstung zur Verfügung zu stellen. Seitens der französischen Eisenindustrie wird betont, ein Teil dieses Betrags müsse dem Rüstungssektor zufließen, um damit die „reconversion“ (Umstellung auf Rüstungsproduktion) zu finanzieren, weil die Industrie selbst nicht die nötigen Mittel besitzt, um die erforderlichen Umstellungen zu bewerkstelligen. Die Stellungnahme der Regierung zu diesem Vorschlag der Industrie ist noch nicht erfolgt. Die französische Rüstungsindustrie wäre, rein technisch gesehen, in der Lage, darüber hinaus Rüstungsmaterial für Rechnung der anderen Atlantikpakt-Staaten herzustellen. Eine Entscheidung darüber ist

## Frankreich kann Rüstungsmaterial exportieren

Die französische Regierung hat kürzlich bekanntgegeben, daß sie beschließen, innerhalb der nächsten drei Jahre für die Wiederaufrüstung zur Verfügung zu stellen. Seitens der französischen Eisenindustrie wird betont, ein Teil dieses Betrags müsse dem Rüstungssektor zufließen, um damit die „reconversion“ (Umstellung auf Rüstungsproduktion) zu finanzieren, weil die Industrie selbst nicht die nötigen Mittel besitzt, um die erforderlichen Umstellungen zu bewerkstelligen. Die Stellungnahme der Regierung zu diesem Vorschlag der Industrie ist noch nicht erfolgt. Die französische Rüstungsindustrie wäre, rein technisch gesehen, in der Lage, darüber hinaus Rüstungsmaterial für Rechnung der anderen Atlantikpakt-Staaten herzustellen. Eine Entscheidung darüber ist

## Frankreich kann Rüstungsmaterial exportieren

Die französische Regierung hat kürzlich bekanntgegeben, daß sie beschließen, innerhalb der nächsten drei Jahre für die Wiederaufrüstung zur Verfügung zu stellen. Seitens der französischen Eisenindustrie wird betont, ein Teil dieses Betrags müsse dem Rüstungssektor zufließen, um damit die „reconversion“ (Umstellung auf Rüstungsproduktion) zu finanzieren, weil die Industrie selbst nicht die nötigen Mittel besitzt, um die erforderlichen Umstellungen zu bewerkstelligen. Die Stellungnahme der Regierung zu diesem Vorschlag der Industrie ist noch nicht erfolgt. Die französische Rüstungsindustrie wäre, rein technisch gesehen, in der Lage, darüber hinaus Rüstungsmaterial für Rechnung der anderen Atlantikpakt-Staaten herzustellen. Eine Entscheidung darüber ist

## Frankreich kann Rüstungsmaterial exportieren

Die französische Regierung hat kürzlich bekanntgegeben, daß sie beschließen, innerhalb der nächsten drei Jahre für die Wiederaufrüstung zur Verfügung zu stellen. Seitens der französischen Eisenindustrie wird betont, ein Teil dieses Betrags müsse dem Rüstungssektor zufließen, um damit die „reconversion“ (Umstellung auf Rüstungsproduktion) zu finanzieren, weil die Industrie selbst nicht die nötigen Mittel besitzt, um die erforderlichen Umstellungen zu bewerkstelligen. Die Stellungnahme der Regierung zu diesem Vorschlag der Industrie ist noch nicht erfolgt. Die französische Rüstungsindustrie wäre, rein technisch gesehen, in der Lage, darüber hinaus Rüstungsmaterial für Rechnung der anderen Atlantikpakt-Staaten herzustellen. Eine Entscheidung darüber ist

## Frankreich kann Rüstungsmaterial exportieren

Die französische Regierung hat kürzlich bekanntgegeben, daß sie beschließen, innerhalb der nächsten drei Jahre für die Wiederaufrüstung zur Verfügung zu stellen. Seitens der französischen Eisenindustrie wird betont, ein Teil dieses Betrags müsse dem Rüstungssektor zufließen, um damit die „reconversion“ (Umstellung auf Rüstungsproduktion) zu finanzieren, weil die Industrie selbst nicht die nötigen Mittel besitzt, um die erforderlichen Umstellungen zu bewerkstelligen. Die Stellungnahme der Regierung zu diesem Vorschlag der Industrie ist noch nicht erfolgt. Die französische Rüstungsindustrie wäre, rein technisch gesehen, in der Lage, darüber hinaus Rüstungsmaterial für Rechnung der anderen Atlantikpakt-Staaten herzustellen. Eine Entscheidung darüber ist

## Frankreich kann Rüstungsmaterial exportieren

Die französische Regierung hat kürzlich bekanntgegeben, daß sie beschließen, innerhalb der nächsten drei Jahre für die Wiederaufrüstung zur Verfügung zu stellen. Seitens der französischen Eisenindustrie wird betont, ein Teil dieses Betrags müsse dem Rüstungssektor zufließen, um damit die „reconversion“ (Umstellung auf Rüstungsproduktion) zu finanzieren, weil die Industrie selbst nicht die nötigen Mittel besitzt, um die erforderlichen Umstellungen zu bewerkstelligen. Die Stellungnahme der Regierung zu diesem Vorschlag der Industrie ist noch nicht erfolgt. Die französische Rüstungsindustrie wäre, rein technisch gesehen, in der Lage, darüber hinaus Rüstungsmaterial für Rechnung der anderen Atlantikpakt-Staaten herzustellen. Eine Entscheidung darüber ist

## Frankreich kann Rüstungsmaterial exportieren

Die französische Regierung hat kürzlich bekanntgegeben, daß sie beschließen, innerhalb der nächsten drei Jahre für die Wiederaufrüstung zur Verfügung zu stellen. Seitens der französischen Eisenindustrie wird betont, ein Teil dieses Betrags müsse dem Rüstungssektor zufließen, um damit die „reconversion“ (Umstellung auf Rüstungsproduktion) zu finanzieren, weil die Industrie selbst nicht die nötigen Mittel besitzt, um die erforderlichen Umstellungen zu bewerkstelligen. Die Stellungnahme der Regierung zu diesem Vorschlag der Industrie ist noch nicht erfolgt. Die französische Rüstungsindustrie wäre, rein technisch gesehen, in der Lage, darüber hinaus Rüstungsmaterial für Rechnung der anderen Atlantikpakt-Staaten herzustellen. Eine Entscheidung darüber ist

## Frankreich kann Rüstungsmaterial exportieren

Die französische Regierung hat kürzlich bekanntgegeben, daß sie beschließen, innerhalb der nächsten drei Jahre für die Wiederaufrüstung zur Verfügung zu stellen. Seitens der französischen Eisenindustrie wird betont, ein Teil dieses Betrags müsse dem Rüstungssektor zufließen, um damit die „reconversion“ (Umstellung auf Rüstungsproduktion) zu finanzieren, weil die Industrie selbst nicht die nötigen Mittel besitzt, um die erforderlichen Umstellungen zu bewerkstelligen. Die Stellungnahme der Regierung zu diesem Vorschlag der Industrie ist noch nicht erfolgt. Die französische Rüstungsindustrie wäre, rein technisch gesehen, in der Lage, darüber hinaus Rüstungsmaterial für Rechnung der anderen Atlantikpakt-Staaten herzustellen. Eine Entscheidung darüber ist

## Frankreich kann Rüstungsmaterial exportieren

Die französische Regierung hat kürzlich bekanntgegeben, daß sie beschließen, innerhalb der nächsten drei Jahre für die Wiederaufrüstung zur Verfügung zu stellen. Seitens der französischen Eisenindustrie wird betont, ein Teil dieses Betrags müsse dem Rüstungssektor zufließen, um damit die „reconversion“ (Umstellung auf Rüstungsproduktion) zu finanzieren, weil die Industrie selbst nicht die nötigen Mittel besitzt, um die erforderlichen Umstellungen zu bewerkstelligen. Die Stellungnahme der Regierung zu diesem Vorschlag der Industrie ist noch nicht erfolgt. Die französische Rüstungsindustrie wäre, rein technisch gesehen, in der Lage, darüber hinaus Rüstungsmaterial für Rechnung der anderen Atlantikpakt-Staaten herzustellen. Eine Entscheidung darüber ist

## Frankreich kann Rüstungsmaterial exportieren

Die französische Regierung hat kürzlich bekanntgegeben, daß sie beschließen, innerhalb der nächsten drei Jahre für die Wiederaufrüstung zur Verfügung zu stellen. Seitens der französischen Eisenindustrie wird betont, ein Teil dieses Betrags müsse dem Rüstungssektor zufließen, um damit die „reconversion“ (Umstellung auf Rüstungsproduktion) zu finanzieren, weil die Industrie selbst nicht die nötigen Mittel besitzt, um die erforderlichen Umstellungen zu bewerkstelligen. Die Stellungnahme der Regierung zu diesem Vorschlag der Industrie ist noch nicht erfolgt. Die französische Rüstungsindustrie wäre, rein technisch gesehen, in der Lage, darüber hinaus Rüstungsmaterial für Rechnung der anderen Atlantikpakt-Staaten herzustellen. Eine Entscheidung darüber ist

## Frankreich kann Rüstungsmaterial exportieren

Die französische Regierung hat kürzlich bekanntgegeben, daß sie beschließen, innerhalb der nächsten drei Jahre für die Wiederaufrüstung zur Verfügung zu stellen. Seitens der französischen Eisenindustrie wird betont, ein Teil dieses Betrags müsse dem Rüstungssektor zufließen, um damit die „reconversion“ (Umstellung auf Rüstungsproduktion) zu finanzieren, weil die Industrie selbst nicht die nötigen Mittel besitzt, um die erforderlichen Umstellungen zu bewerkstelligen. Die Stellungnahme der Regierung zu diesem Vorschlag der Industrie ist noch nicht erfolgt. Die französische Rüstungsindustrie wäre, rein technisch gesehen, in der Lage, darüber hinaus Rüstungsmaterial für Rechnung der anderen Atlantikpakt-Staaten herzustellen. Eine Entscheidung darüber ist

## Frankreich kann Rüstungsmaterial exportieren

Die französische Regierung hat kürzlich bekanntgegeben, daß sie beschließen, innerhalb der nächsten drei Jahre für die Wiederaufrüstung zur Verfügung zu stellen. Seitens der französischen Eisenindustrie wird betont, ein Teil dieses Betrags müsse dem Rüstungssektor zufließen, um damit die „reconversion“ (Umstellung auf Rüstungsproduktion) zu finanzieren, weil die Industrie selbst nicht die nötigen Mittel besitzt, um die erforderlichen Umstellungen zu bewerkstelligen. Die Stellungnahme der Regierung zu diesem Vorschlag der Industrie ist noch nicht erfolgt. Die französische Rüstungsindustrie wäre, rein technisch gesehen, in der Lage, darüber hinaus Rüstungsmaterial für Rechnung der anderen Atlantikpakt-Staaten herzustellen. Eine Entscheidung darüber ist

## Frankreich kann Rüstungsmaterial exportieren

Die französische Regierung hat kürzlich bekanntgegeben, daß sie beschließen, innerhalb der nächsten drei Jahre für die Wiederaufrüstung zur Verfügung zu stellen. Seitens der französischen Eisenindustrie wird betont, ein Teil dieses Betrags müsse dem Rüstungssektor zufließen, um damit die „reconversion“ (Umstellung auf Rüstungsproduktion) zu finanzieren, weil die Industrie selbst nicht die nötigen Mittel besitzt, um die erforderlichen Umstellungen zu bewerkstelligen. Die Stellungnahme der Regierung zu diesem Vorschlag der Industrie ist noch nicht erfolgt. Die französische Rüstungsindustrie wäre, rein technisch gesehen, in der Lage, darüber hinaus Rüstungsmaterial für Rechnung der anderen Atlantikpakt-Staaten herzustellen. Eine Entscheidung darüber ist

## Frankreich kann Rüstungsmaterial exportieren

Die französische Regierung hat kürzlich bekanntgegeben, daß sie beschließen, innerhalb der nächsten drei Jahre für die Wiederaufrüstung zur Verfügung zu stellen. Seitens der französischen Eisenindustrie wird betont, ein Teil dieses Betrags müsse dem Rüstungssektor zufließen, um damit die „reconversion“ (

